

<http://www.derwesten.de/staedte/essen/forum-soll-der-jugend-eine-stimme-geben-aimp-id9173957.html>

ESSENER NORDEN.

Forum soll der Jugend eine Stimme geben

28.03.2014 | 00:20 Uhr

In Sachen Bürgerbeteiligung ist der Bezirk VI – Zollverein (Katernberg, Schonnebeck, Stoppenberg) durch die Katernberg-Konferenz so etwas wie ein Vorzeigemodell in Essen geworden. Nun erhofft man sich vor Ort einen neuen, wenn auch viel kleineren, Coup. In Kürze startet das „Jugendforum Zollverein“ vom Jugendwerk der Awo, der Bezirksvertretung (BV) VI, dem Jugendamt und dem Arbeitskreis Jugend. Hier sollen Heranwachsende von 14 bis 21 Jahren näher an Entscheidungen vor Ort herangeführt werden. Ein Modell für die ganze Stadt?

„Das wissen wir auch noch nicht, aber hoffen wir natürlich. Fakt ist, dass Kinder und Familien sehr häufig im Fokus stehen, aber für die Jugendlichen wenig passiert“, erläutert Frank Bente, Geschäftsführer des Projektträgers, des Jugendwerks der Awo. Auch der Initiator, Bezirksbürgermeister Michael Zühlke (SPD), betont: „Das ist ein lernendes Projekt, das sich entwickeln muss. Welche Vorstellungen die Jugendlichen genau haben und wie man dies aufnimmt, wird man erst in der Praxis sehen.“

Was man als Planlosigkeit (miss)deuten könnte, ist ein zu weiter Sprung in die Zukunft des „Jugendforums Zollverein“. Die ersten Schritte sind klar. Am 18. Mai soll mit einer großen Veranstaltung auf Zollverein der Ball ins Rollen gebracht werden. Derzeit trommeln die verschiedenen Projektpartner in ihren Einrichtungen, u.a. in Jugendhäusern oder Schulen, und bei interessanten selbstständigen Organisationen, etwa Migrantenvereinen wie dem der Fathi Moschee, um Mitwirkung. Aus ihren Reihen sollen die rund 150 Jugendlichen kommen und sich in Gruppen zusammenfinden.

„Diesen werden professionelle „Demokratie-Scouts“ zugeordnet, die die einzelnen Gruppentreffs organisieren, Themen sammeln oder bei der Erarbeitung dieser helfen, und die dann zusammen mit den jungen Leuten an die Politiker der BV weitergeben“, erläutert Projektleiterin Katrin Westerhoff vom Jugendwerk der Awo. Dabei soll der direkte Austausch in beide Richtungen von Jugend und richtiger Politik im Vordergrund stehen. „Wir wissen doch oft gar nicht, wie die denken. Kontakt haben wir als Bezirksvertreter oft nur, wenn es Probleme gibt“, unterstreicht CDU-Sprecher Rudolf Vitzthum. Er ist sich mit seinem SPD-Kollegen Andre Vollmer einig, dass man die Wünsche der Jugend dann auch in den parlamentarischen Prozess einspeist, bei der Unterstützung hilft und auch Geld für die Umsetzung der Ideen zur Verfügung stellen muss, wenn man nicht Enttäuschungen vorprogrammieren will.

Klar ist, das kein Jugendparlament beim Jugendforum herauskommen soll. „Sondern dauerhafte verbindliche Strukturen, in denen Jugendliche ihre Themen einbringen können“, erläutert Gudrun Schemat vom Jugendamt. Und das auch über das bislang avisierte Projektende 2014 hinaus, dann läuft die aktuelle Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt“ aus. Aber vielleicht schaut man dann ja in der Stadt schon auf das neue Vorzeigemodell im Norden.

Markus Grenz